

Nicht nur dieses Umsiedlergesetz, sondern bereits das Landarbeiterschutzgesetz war deshalb eine große befreiende Tat. Gerade auf dem Lande wurden die Umsiedler von so manchen gewissenlosen Groß- oder Mittelbauern in schamlosester Weise ausgenutzt. Es wurden zahlreiche Fälle festgestellt, wo die Umsiedler lediglich für Verpflegung und Gewährung eines Wohnraumes, der oft noch menschenunwürdig war, zu arbeiten hatten. Die Industriegewerkschaft Land- und Forstwirtschaft hat mit diesen krassen Fällen aufgeräumt, aber es waren Tausende von Arbeitsgerichtsklagen notwendig, um von solchen Bauern die Nachzahlung vorenthaltener Löhne zu erreichen.

In Westdeutschland waren Anfang 1950 noch eine halbe Million Umsiedlerfamilien in Lagern und Massenunterkünften untergebracht. Die Auswirkungen einer solchen Wohnweise auf Gesundheit und Moral sind verheerend. So berichtete Frau Stahl aus Hohn in Schleswig-Holstein, daß in ihrem Flüchtlingslager bereits 80% der Jugendlichen straffällig geworden sind. Sie erhalten lediglich vorübergehende Arbeit im sogenannten „Jugendaufbauwerk“ bei 40 Pfennig Stundenlohn und ziehen morgens mit geschultertem Spaten — die alten Nazilieder singend —, zur Arbeit.

{Hört, hört!}

Auch drei meiner Geschwister sind nach Westdeutschland evakuiert worden. Zwei von ihnen sind arbeitslos, und einer meiner Brüder, der eine Familie mit fünf kleinen Kindern zu versorgen hat, kann in seinem Dorf mit 21 Häusern keine Arbeitsstelle als Facharbeiter erhalten. Er ist daher gezwungen, für 56 Pfennig Stundenlohn beim „Herrn Baron“, d. h. also beim Junker dieses Dorfes, als Ackerkutscher zu arbeiten. Seine Wohnung besteht aus einem Raum in einer Scheune, die früher als Unterbringungsraum für Zwangsarbeiter verwandt wurde.

{Hört, hört!}

Jeder Versuch, über das Arbeitsamt in Hof einen Arbeitsplatz als Elektrofachmann zu erhalten, scheitert an der kategorischen Erklärung, er habe eine Betriebswohnung und könne deshalb nicht in eine andere Arbeitsstelle vermittelt werden.

(Hört, hört!)

Ich glaube, das ist schon finsternes Mittelalter und feudalistische Ausbeutung. Solche Beispiele gibt es in Westdeutschland aber tausende. Gerade in Bayern führen die Umsiedler als zweitrangige Menschen ein schreckliches Dasein. Es ist wohl eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen, daß der bayerische Regierungsrat Dr. Kanein ein Gutachten abgegeben hat, in dem er erklärte: Umsiedler sind nicht deutsche Staatsbürger, sondern nur deutschen Staatsbürgern gleichgestellt.

(Hört, hört!)

Die Folge ist wirtschaftliche Benachteiligung, Verbitte- rung, Hoffnungslosigkeit, Ausweglosigkeit.

Bekanntlich bestehen in Westdeutschland zur Zeit nicht weniger als 15 Flüchtlingsorganisationen, und es ist jetzt geplant, einen „Zentralverband der Heimatvertriebenen der Bundesrepublik“ zu schaffen. Waren früher in diesen Organisationen CDU, CSU und SPD Hauptträger, so sind es heute ausgesprochen neofaschistische Tendenzen, die sich in diesen Organisationen zeigen. In Schleswig-Holstein ist eine besondere Flüchtlingspartei geschaffen worden. In sogenannten Heimattreffen, die ich anlässlich eines zufälligen Aufenthalts in Nürnberg selbst beobachten konnte, werden unter dem Deckmantel der Pflege alter Heimatgebräuche die Verhetzung der Umsiedler und die Entfaltung niedrigster Instinkte und Vergeltungsabsichten betrieben. Der besondere Bundesminister für Vertriebene in der sogen. Bonner Bundesregierung leistet zwar keine wirksame Hilfe, aber er hat

die Aufgabe, die Not der Westdeutschen, die noch immer den Titel „Flüchtlinge“ tragen, zu schmutzigen politischen Geschäften auszunutzen.

Bei uns aber wird mit dem Umsiedlergesetz und seinen umfassenden materiellen Hilfsmaßnahmen die volle materielle Gleichberechtigung sichergestellt. Dieses Gesetz wird auch seine Ausstrahlungen auf Westdeutschland haben. Denn was kann besser überzeugen als die Tatsache, daß das gleiche Recht für die ehemaligen Umsiedler bei uns gesetzlich garantiert ist, daß sie Arbeit und Brot erhalten, daß sie Nutznießer zugleich der allgemeinen Verbesserung der Lebenslage sind, wie sie jetzt wieder durch die erneuten Preissenkungen, Rationserhöhungen, Lohnverbesserungen für die wichtigsten Berufsgruppen usw. eingetreten ist.

Bei uns werden die Kinder der ehemaligen Umsiedler nicht wie in Westdeutschland zu kriminellen Vergehen getrieben, sondern sie erhalten die nachträgliche Schulung, die ihnen in früheren Jahren gefehlt hat. Sie erhalten bevorzugte Lehrstellen in den volkseigenen Betrieben, den MAS und den volkseigenen Gütern. Sie werden mit Kleidungsstücken und Arbeitskleidung bevorzugt beliefert, und die notwendigen Mittel werden hierzu bereitgestellt.

Ich glaube, daß bei einer solchen Politik unserer Regierung und bei dem ständigen Bestreben, die Umsiedler heimisch werden zu lassen, wobei auch die Gewerkschaften entscheidend mithelfen, es klar ist, daß die Deutsche Demokratische Republik von den Umsiedlern als endgültige Heimat betrachtet wird und daß auch bei ihnen in immer stärkerem Maße die Erkenntnis wächst, daß es besser ist, hier in Frieden zu arbeiten und aus eigener Kraft zu einem besseren Leben zu kommen, als einem Phantom nachzujagen, wie es Millionen Umsiedlern ständig und immer wieder in Westdeutschland vorgegaukelt wird.

Für die Umsiedler ist auch der Fünfjahrplan, der die Lebenslage der Werktätigen in einem bisher in Deutschland nie gekannten Maße verbessert, zu einer gleichen freudigen Verpflichtung geworden. Natürlich sind es noch nicht alle Umsiedler, die so denken, und es wird auch ganz besonders unsere Aufgabe sein, bei den werktätigen Umsiedlern das fortschrittliche demokratische Denken zu wecken. Dazu — dessen bin ich gewiß — wird auch dieses Gesetz entscheidend beitragen. Es wird vor allem die Bereitschaft fördern, daß sich bei den Volks- wahlen am 15. Oktober viele Umsiedler für den Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland entscheiden in der Erkenntnis, daß mit diesem Sieg auch ihre eigene Lebenslage gesichert wird.

Die Fraktion FDGB und FDJ begrüßt von ganzem Herzen dieses Umsiedlergesetz und sieht darin eine Verpflichtung, an seiner Verwirklichung in allen seinen Punkten mitzuarbeiten. Wir tun dies in der Erkenntnis, daß damit zugleich wieder ein entscheidender Beitrag im Kampf für den Frieden und für unsere nationale Zielsetzung, die Einheit Deutschlands, geleistet wird.

(Lebhafter Beifall)

Vizepräsident Ebert:

Das Wort für die Sozialdemokratische Fraktion hat Herr Abgeordneter Hans Müller.

Abg. Hans Müller (Sozialdem. Frakt.):

Meine Damen und Herren! Für die Sozialdemokratische Fraktion im Demokratischen Block von Groß-Berlin und in diesem Hause möchte ich folgende Erklärung vortragen:

Dieses Gesetz ist ein sehr beachtlicher Beitrag der Deutschen Demokratischen Republik für den Frieden in